

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 7

Artikel: Unruhiges Mittelmeer
Autor: Ratcliffe, A.L.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160708>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

UNRUHIGES MITTELMEER

VON A. L. RATCLIFFE

In dem Maße, in welchem die Positionen der europäischen Großmächte im Nahen Osten, nicht ohne eigenes Verschulden, fragwürdig werden, gewinnt der Raum um das westliche Mittelmeer — bisher ein relativ ruhiges Etappengebiet im Rücken der Front des Kalten Krieges — an politischer und strategischer Bedeutung.

Als 1949 der Nordatlantikpakt geschaffen wurde, war die europäische Südflanke durch das politisch labile und militärisch schwache Italien nur unzureichend gedeckt. Mit der Möglichkeit einer sowjetischen Aggression vom Balkan aus mußte zu jener Zeit, in der die Zuverlässigkeit der Satelliten noch außer Frage stand, stets gerechnet werden. Zwar erlaubten die damals noch benutzbaren strategischen Verbindungen durch Österreich notfalls Kräfteverschiebungen von Süddeutschland nach Oberitalien, aber der Bedrohung im Süden schien erst 1951 vorgebeugt, als Griechenland und die Türkei der NATO beitraten. Aber auch dann noch blieb an der Nahtstelle beider Staaten in Thrazien, wo eine nur 90 km breite Landbrücke Bulgariens von der Ägäis trennt, eine neuralgische Zone, von der aus die Dardanellen umgangen werden konnten.

Dieser Gefahr schien begegnet, als sich Jugoslawien 1954 im Beistandspakt von Bled, dem «Balkanpakt», mit Griechenland und der Türkei verbündete und damit praktisch in die Verteidigungsfront der NATO einbezogen wurde. Als ein knappes Jahr später das Defensiv-Bündnis der Türkei mit dem Irak durch den Beitritt Pakistans, Persiens und Großbritanniens zum Bagdadpakt erweitert wurde, war ein optisch ungemein eindrucksvolles, zusammenhängendes Sicherheitssystem zwischen dem Atlantik und dem Golf von Bengalen entstanden. Sein Zusammenhalt wurde durch die Verzahnung der Mitglieder in den verschiedenen Allianzen gewährleistet. Einer russischen Expansion im Mittelmeerraum wie im Vorderen Orient schien damit jede Aussicht auf Erfolg genommen.

Aber die Problematik überdimensionaler Koalitionen wurde rasch deutlich. Zunächst wurde die von jeher fragwürdige Partnerschaft von Griechen und Türken durch den Streit um Zypern bis zur Kriegsdrohung belastet. Nur die Anwesenheit Amerikas auf Stützpunkten in der Türkei wie in Griechenland verhinderte den völligen Bruch. Eine Waffenbrüderschaft der beiderseitigen Streitkräfte ist seither kaum vorstellbar.

Auch die schwer durchschaubare Politik Jugoslawiens gegenüber der Sowjetunion ist nicht geeignet, das Vertrauen in den Balkanpakt zu stärken. Während sich der jugoslawische Staatschef in der Zypernfrage vorbehaltlos mit dem griechischen Standpunkt identifiziert, verfolgt er

im Nahen Osten eine den Interessen seines türkischen Verbündeten widersprechende Diplomatie. Durch diese Entwicklung ist der rechte Flügel der antisowjetischen Front Europas in sich selbst bedroht, und die erhöhte russische Aktivität im Mittelmeer unterstreicht die Problematik der Lage. In dieser Sicht erscheint es zweifelhaft, ob Albanien wirklich nur als der durch Moskau militärisch abbeschriebene «vergessene Satellit» vor dem Eisernen Vorhang zu bewerten ist. Angesichts dieser Gesamtsituation, die überdies durch innerpolitische Spannungen in Italien kompliziert wird, erhält die zahlenmäßig zwar nicht starke, aber durch Zuteilung von Atomwaffen sehr kampfkraftige amerikanische «Task Force» im norditalienischen Festungsviereck gegenüber der Julischen Pforte besondere strategische Bedeutung.

Auch der Bagdadpakt, dem es angesichts seiner heterogenen Zusammensetzung aus Europäern und Asiaten, Arabern und Türken von Anfang an an Überzeugungskraft gefehlt hat, ist brüchig geworden. Nach der Suez-Aktion distanzierten sich die asiatischen Mitglieder von ihrem britischen Partner und als sich die USA vor kurzem endlich entschlossen, durch Beteiligung am Militärausschuß dem Bündnis neuen Kredit zu verschaffen, war dieser fiktive Schutzwall gegen eine russische Expansion durch die sowjetische Politik längst übersprungen.

Begünstigt durch die antiwestliche Aversion in den arabischen Ländern und durch die uneinheitliche Orientpolitik Englands und Amerikas haben sich die Sowjets diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch in Ägypten, im Jemen und besonders in Syrien festgesetzt. Art und Umfang der kommunistischen Waffenlieferungen in diese Länder übersteigen bei weitem den potentiellen Bedarf der dortigen Armeen, die weder einzeln noch vereint einen nennenswerten militärischen Machtfaktor darstellen. Die Sowjetunion betrachtet den Nahen Osten neuerdings als «benachbarten Raum», in dem sie vorgibt, durch die Politik Amerikas bedroht zu sein. Es mag dahingestellt bleiben, wie tief der kommunistische Einfluß in diesen Ländern tatsächlich geht. Wesentlich ist, daß der Islam sich nicht als das Bollwerk gegen den Kommunismus erwiesen hat, als welches er gemeinhin angesehen worden ist. Eher könnte dies vom Zionismus gelten, wenn auch der frühere französische Algerien-Minister Soustelle die russischen Absichten verkannt haben dürfte, als er kürzlich in Tel Aviv erklärte, daß ohne die Existenz des Staates Israel längst syrische Freiwillige mit sowjetischen Waffen in Algerien kämpfen würden. Jedenfalls fühlt sich Israel zur Zeit als der verlässlichste Freund des Westens im Orient.

Die Vorgänge im Nahen Osten, die gegenwärtig die Welt in Spannung halten, sind nur ein Teil der Schlacht um Europa im Kalten Krieg. Nachdem die europäischen Fronten im Stellungskampf erstarrt sind, hat die Sowjetunion den Schwerpunkt ihres Angriffs in die nahöstlichen Länder verlagert, in denen durch den arabischen Ultranationalismus die

psychologischen und durch die Weite des Raumes die operativen Voraussetzungen für einen Bodengewinn durch den Kommunismus gegeben erscheinen. Das Nahziel Moskaus im Nahen Osten ist zweifellos, das Öl des Persischen Golfes unter russische Kontrolle zu bringen. Die Abdrosselung dieser Zufuhren könnte im Konfliktsfalle die westeuropäischen Panzerarmeen, die Seestreitkräfte und die Bombergeschwader — mindestens vorübergehend — lähmen. Aber über diese örtliche Absicht hinaus zeichnet sich mehr und mehr das russische Bestreben ab, am östlichen Mittelmeer Bereitstellungsräume zu gewinnen, aus denen zur gegebenen Zeit, entlang der afrikanischen Küste, zum Vorstoß in die tiefe Flanke der NATO angetreten und Westeuropa von Afrika getrennt werden kann. Ohne die Rohstoffe Afrikas wird Europa aber im Kriegsfall nicht leben und ohne die Tiefe des nordafrikanischen Raumes auf die Dauer nicht verteidigt werden können. Während die Sowjets den Kampf um die Ölgebiete mit allen diplomatischen Mitteln der Verhandlung, der Intrige, der Bestechung, der Erpressung, der Drohung und des Bluffs führen, bereiten sie ihr Vordringen in Nordafrika mit Propaganda und Infiltration vor.

Gegenüber dieser Bedrohung sind als wichtigste militärische Aktiva der europäischen Verteidigung die Streitkräfte der Türkei und die amerikanischen Stützpunkte zu bewerten, während die britischen Positionen auf Zypern und in Libyen gefährdet erscheinen, nachdem England innerhalb der letzten beiden Jahre bereits gezwungen war, seine Basen am Suezkanal und in Jordanien aufzugeben. Die starke, kampftüchtige türkische Armee würde während einer längeren Kriegsdauer auf Zufuhren über See angewiesen sein, die solange gewährleistet erscheinen, als die 6. Flotte — während des Kalten Krieges das bevorzugte Mittel zur Verdeutlichung amerikanischer Absichten — das Mittelmeer beherrscht. Die in Amerika ständig einsatzbereit gehaltenen strategischen Bomberverbände können innerhalb weniger Stunden auf den Stützpunkten am Persischen Golf, in der Türkei, in Griechenland und in Libyen einfallen, und es gibt keinen Punkt in der Sowjetunion, der alsdann außerhalb der Reichweite dieser Atomträger liegen würde.

Als psychologisches Plus ist auf seiten der freien Welt zu buchen, daß die Araber in ihrer Masse keine Kommunisten sind und es aller Voraussicht nach auch in Zukunft kaum sein werden. Zweifellos sehen die Nationalisten Nordafrikas in der Sowjetunion den mächtigen Bundesgenossen bei ihrem Kampf um die Abschüttlung der französischen Herrschaft und andererseits versucht der Kommunismus hier wie überall aus Elend und Unterdrückung Kapital für die Weltrevolution zu schlagen. Aber es wäre billig, hinter jeglicher Opposition in der farbigen Welt primär die Hand Moskaus zu vermuten. Im Grunde sind die Araber — abgesehen von einer dünnen intellektuellen Schicht — sehr unpolitische Menschen, denen die herkömmliche monarchische Regierungsform,

wenn auch nur in der Gestalt patriarchalischer Scheichtümer, leichter begreiflich ist als die selbständiges Denken voraussetzende und ihrem Lebensstil fremde Demokratie.

Die von dem Nahen Osten allmählich nach Westen übergreifende Schlechtwetterzone verleiht dem Nordwesten Afrikas erhöhte strategische Bedeutung. Dieser Raum liegt außerhalb des im Atlantikpakt geographisch umgrenzten Vertragsgebietes, in welchem die politische und militärische Zusammenarbeit der Partnerstaaten gewährleistet sein sollte. In der Tat sind die Interessen der hier engagierten Mächte keineswegs gleichgerichtet. Die Amerikaner sind in erster Linie an den Bodenschätzen Marokkos interessiert, die durch die Unfähigkeit Frankreichs, sich mit der Regierung in Rabat über eine beide Seiten befriedigende Besitzregelung zu einigen, lockende Objekte für die amerikanische Initiative sind. Militärisch interessiert die Amerikaner nicht in erster Linie das Land, als vielmehr der darüberliegende Luftraum und die zu seiner Beherrschung erforderlichen Stützpunkte. Die Sorge um die Stabilität der politischen Lage in Marokko wie in Frankreich veranlaßten die USA 1953 zu ihrem Bündnis mit Spanien, das damit zur Mole Amerikas am Atlantik und Mittelmeer und zu einem indirekten Mitglied der NATO geworden ist. Der zur Zeit viel diskutierte Eintritt Spaniens in den Nordatlantikpakt erscheint in Madrid, wo man sich bewußt ist, mit der stärksten Weltmacht verbündet zu sein, keineswegs dringlich.

Hinsichtlich der nicht abreißen den französischen Schwierigkeiten in Nordafrika macht es die Vorstellung einer sowjetischen Zangenbewegung entlang der afrikanischen Mittelmeerküste deutlich, daß es sich in den ehemaligen französischen Protektoraten Tunis und Marokko wie bei dem Unabhängigkeitskampf der Algerier keineswegs um eine ausschließlich französische Angelegenheit handelt. Ein afrikanisches *Dien Bien Phu* kann sich weder Frankreich noch Europa leisten! Wenn heute der politisch weitsichtige König von Marokko ebenso wie der durchaus gemäßigte Staatschef von Tunis, unter Zustimmung Spaniens, die Schaffung eines politischen und wirtschaftlichen Vertragssystems im westlichen Mittelmeer befürworten, zu dessen gleichberechtigten Mitgliedern selbstverständlich auch ein unabhängiges Algerien gehören müßte, so wird damit der Weg zu einer Lösung sichtbar, die herbeizuführen vielleicht nicht mehr allzulange Zeit bleibt.